

Prüfsteine für die Kandidaten



Michael Donth, Wolfram Hirt, Rebecca Hummel, Pascal Kober, Beate Müller-Gemmeke und Jessica Tatti (von links) stellen sich. Foto: IHK

Wahlen – Von Bürokratieabbau bis Innovationsfähigkeit: IHK Reutlingen fühlt den Bundestagskandidaten auf den Zahn

VON STEFFEN WURSTER

REUTLINGEN. Wie halten sie es mit der Vermögensteuer? Kann Zuwanderung den Arbeitskräftemangel beheben? Ist Bürokratie ein Problem oder ein Segen? Soll Deutschland sich aus der Genforschung verabschieden?

Die IHK Reutlingen hat ihre »Prüfsteine zur Bundestagswahl« formuliert, ein Katalog der Erwartungen der Wirtschaft im Raum Reutlingen an die Bundespolitik. IHK-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Epp hat nun die sechs Bundestagskandidaten des Wahlkreises Reutlingen – Michael Donth (CDU), Wolfram Hirt (AfD), Rebecca Hummel (SPD), Pascal Kober (FDP), Beate Müller-Gemmeke (Grüne) und Jessica Tatti (Linke) auf einer Podiumsdiskussion mit den Anliegen der Kammer konfrontiert und nachgehakt, auf welche Positionen sich die Wirtschaft bei ihren Abgeordneten einstellen kann.

Not und Segen Steuer

Die Vermögen- und Erbschaftsteuer treibt besonders die inhabergeführten Unternehmen um. Wenig überraschend: Beim Steuerthema orientieren sich die Kandidaten am alten Links-Rechts-Schema: CDU, FDP und AfD lehnen weitere Belastungen der Bürger ab und fordern den schnellen

Abbau der kalten Progression. Linke, Grüne und SPD verteidigen die staatlichen Einnahmen, Baustellen gibt es ja genug. Nur Tatti steht für eine Vermögensteuer ein, etwa zur Finanzierung von Kitas, Schulen und Integration. Die SPD will den Punkt in den nächsten vier Jahren noch intern diskutieren. Eine Superreichensteuer kann sich aber auch Hummel als Umverteilungsinstrument vorstellen. Und wie wäre es mit einer Finanztransaktionssteuer? Mit der wäre sogar Donth einverstanden, aber nicht im nationalen Alleingang. Müller-Gemmeke hält die Steuer für möglich, wenn Finanzminister Wolfgang Schäuble sich endlich international dafür starkmachen würde. »Der setzt doch sonst auch alles durch.«

In der Region herrscht bereits jetzt Arbeitskräftemangel, Zuwanderung könnte den Unternehmen mehr Bewerber verschaffen. Epp versuchte in der Eingangsfrage, eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung von der Flüchtlingsfrage zu trennen. Ganz gelang das nicht.

Bei fast allen Parteien steht das »kanadische Modell« hoch im Kurs, ein Punktesystem, bei dem Ausbildung, Arbeitserfahrung, Sprachkenntnisse und Alter der potenziellen Einwanderer bewertet werden, ab Erreichen einer Mindestpunktzahl kann dann eingereist werden. Aber die bereits im Land befindlichen Flüchtlinge kann man nicht ignorieren, einen Spurwechsel aus dem Asyl- ins Zuwanderungssystem, fordert Müller-Gemmeke für Qualifizierte. Damit erntet sie zustimmendes Nicken bei den anwesenden Unternehmern.

Donth scherte hier aus der Reihe und verteidigte die alte CDU-Meinung, dass Deutschland eben kein Einwanderungsland sei. Der Arbeitskräftemangel soll doch zuerst mit EU-Bürgern behoben werden, für die ja bereits Freizügigkeit besteht. Ansonsten: Alle Einwanderungsregeln zusammenfassen und Einwanderung von außerhalb der EU nur, wenn ein Arbeitsverhältnis besteht.

Ärgernis Bürokratie

Wie wollen wir ohne Genforschung die Welt ernähren, eröffnete Epp die Runde zum Thema Innovation und Forschungsstandort Deutschland. Mehr »German Mut« fordert Kober und »Liberalisierung bei aller Risikoabwägung«. Ex-Bürgermeister Donth glänzt mit Beispielen aus seiner Römersteiner Zeit: Mobilfunk-Sendemasten gingen da gar nicht. Müller-Gemmeke empörte sich über die »unsäglich flapsige Diskussion«. Mit Unterstützung von Tatti verweist sie auf real existierende Risiken gerade bei der Genforschung. Einmal freigesetzt, könne gentechnisch verändertes Material nicht mehr eingefangen werden, so Müller-Gemmeke.

Das Klagen über zu viel Bürokratie ist ein IHK-Kernauftrag. »Herr Donth, wo haben Sie in den letzten vier Jahren Bürokratie abgebaut?«, fragt Epp das Mitglied der Regierungspartei CDU. Donth führt die »One in, One out«-Regel an, nach der für jede neue bürokratische Belastung eine bestehende abgeschafft werden muss. »One in, Two out«, hält Hirt für noch besser. Für die linken Parteien hat Bürokratie auch etwas Positives: Regeln und Kontrolle dienen der Gerechtigkeit, glaubt Hummel. Und die Wirtschaft könne der Regierung nicht die alleinige Schuld am überbordenden Papierkram geben: Viel Bürokratie ist unternehmensgemacht, meint Donth, und verweist auf das Dokumentationsmonster DIN ISO 9000ff. (GEA)